

## A1 Schülerticket: Mit 1 EUR am Tag mobil durch Rheinland-Pfalz

Antragsteller\*in: privat  
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

1 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz erwartet von der Landesregierung in Folge des  
2 Gerichtsurteils zu Dieselfahrverboten eine Investitionsoffensive in den ÖPNV.  
3 Mit einem Schülerticket für Rheinland-Pfalz kann die Landesregierung schnell mit  
4 einfachen Mitteln Bus und Bahn für Kinder und Jugendliche attraktiver gestalten.  
5 Dadurch ist es möglich, für einen Euro am Tag in ganz Rheinland-Pfalz mobil zu  
6 sein und so unsere Umwelt spürbar zu schonen. Lokale Angebote, wie die  
7 CleverCards, müssen zu einem 1 € – Schülerticket für das ganze Land erweitert  
8 werden. Dadurch können Kinder und Jugendliche spürbar viel Geld einsparen.

9 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz fordert daher für

- 10 • Schülerinnen und Schüler,
- 11 • Auszubildende
- 12 • Bundesfreiwilligendienstleistende,
- 13 • Beamtenanwärterinnen und -anwärter,
- 14 • Geflüchtete in Integrationskursen und
- 15 • Jugendliche im freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr

16 ein 1 € – Schülerticket. Mit dem Schülerticket soll für einen Euro am Tag, also  
17 365 € jährlich, der gesamte Bus- und Bahnverkehr in Rheinland-Pfalz genutzt  
18 werden können.

19 Der Geltungsbereich des Schülertickets soll dem des Rheinland-Pfalz-Tickets  
20 entsprechen. Für alle Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden, deren  
21 Fahrtkosten voll erstattet werden, soll das Schülerticket Rheinland-Pfalz  
22 kostenfrei sein.

23 Vorbild ist das Schülerticket in Hessen, das dort seit dem vergangenen Sommer  
24 gut angenommen wird. [1]

25  
26 Die Zeiten kleinteiliger Angebote und Tarifgrenzen für junge Menschen müssen  
27 endlich vorbei sein. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den  
28 Verkehrsverbänden über ein Schülerticket für Rheinland-Pfalz zu verhandeln.  
29 Außerdem erwarten wir von der Landesregierung, dass sie mit der Bundesregierung  
30 dazu über Zuschüsse aus den Dieselfonds verhandelt. Ziel sollte es sein, das  
31 Schülerticket zum neuen Schuljahr 2018/2019 anzubieten.

32 Für die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz stellt das 1 € Schülerticket eine Maßnahme  
33 dar, mit der Bus und Bahn für Kinder und Jugendliche schnell und unkompliziert  
34 um Einiges attraktiver gestaltet werden können. Das Schülerticket ist eine  
35 geeignete Maßnahme und ein erster Schritt zu einem solidarischen und  
36 umlagefinanzierten ÖPNV, den wir mittelfristig anstreben.

37 [1] weitere Infos: <https://www.schuelerticket.hessen.de/>

## Begründung

erfolgt mündlich

## A2 Längere Öffnungszeiten für Kioske: Für eine Spätikultur in Rheinland-Pfalz!

Antragsteller\*in: privat  
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

- 1 Nach aktuellem Ladenöffnungszeitengesetz müssen Kioske in Rheinland-Pfalz genau  
2 wie Supermärkte stets um 22 Uhr schließen. Viele Kioske, die Menschen nach 22  
3 Uhr noch ein Getränk oder Süßwaren mit auf den Weg verkaufen möchten, verstoßen  
4 so gegen das Ladenöffnungszeitengesetz. Für die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz  
5 gehören Spätis oder auch Nachtkioske jedoch zu einer urbanen Kultur dazu. Viele  
6 urbane Viertel werden durch Spätis kulturell mitgeprägt. Die Grüne Jugend  
7 Rheinland-Pfalz registriert, dass viele Kioskbesitzer ihre Geschäfte gerne  
8 länger als 22 Uhr öffnen möchten. Sie stehen auch in direkter Konkurrenz zu  
9 Tankstellen und Trinkhallen, die laut dem Ladenöffnungszeitengesetz länger  
10 öffnen und auch Waren verkaufen dürfen. Wir möchten Kioskbetreibern, die nach  
11 aktueller Rechtslage um 22 Uhr schließen müssen, die Möglichkeit geben, ihre  
12 Kioske legal über 22 Uhr hinaus zu öffnen, und so in Rheinland-Pfalz eine  
13 Spätikultur ermöglichen und etablieren.
- 14 Daher strebt die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz eine Novellierung des  
15 Ladenöffnungszeitengesetzes an. Wir möchten eine Rechtsform für sogenannte  
16 „Spätis“ schaffen, die von den Anforderungen her zwischen einem Kiosk und einer  
17 Trinkhalle liegt. Diese Spätis sollen deutlich länger als 22 Uhr geöffnet haben  
18 dürfen.
- 19 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz lehnt aber eine grundlegende Liberalisierung  
20 des gesamten Ladenöffnungszeitengesetzes ab, da dies zu Lasten vieler  
21 Arbeitnehmer\*innen von Supermärkten gehen würde.
- 22 Die Landesmitgliederversammlung beauftragt den Landesvorstand, mit den Grünen  
23 Rheinland-Pfalz einen gemeinsamen Beschluss für eine Spätikultur zu fassen und  
24 anschließend mit der grünen Landtagsfraktion ein genaueres Konzept zu  
25 erarbeiten.

### Begründung

erfolgt mündlich

# L1 Lebe, wie du willst: Selbstbestimmt, gleichberechtigt und frei!

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 12.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

1 Die Grüne Jugend streitet für ein selbstbestimmtes Leben für alle!

2 Wir setzen uns für echte Gleichberechtigung und das Recht auf individuelle  
3 Selbstbestimmung ein.

4 Wir wollen, dass alle frei und selbstbestimmt darüber entscheiden können, wie  
5 sie sich kleiden, ob und mit wem sie Sex haben, welche Lebensentwürfe sie für  
6 sich wählen, ohne in Armut leben zu müssen und ohne Stigmatisierung ausgesetzt  
7 zu sein.

8 Körnernormen: Stop commenting my body!

9 Medien und Gesellschaft vermitteln häufig Körnernormen, die selten der Realität  
10 entsprechen, sondern die im Gegenteil sogar Gesundheitsgefahren darstellen  
11 können. Kindern und Jugendlichen wird schon früh von ihrem Umfeld vermittelt,  
12 welche Körper gesellschaftlich akzeptiert werden, und welche nicht.  
13 Darstellungen von (bild)bearbeiteten Models sind in der Werbung omnipräsent. Mit  
14 unnatürlich schlanken und unerreichbaren Proportionen wird ein ungesundes Bild  
15 als Norm vermittelt. Normale Körperproportionen werden als unakzeptabel  
16 dargestellt. Dies bleibt nicht ohne Folgen. Es führt dazu, dass vor allem junge  
17 Mädchen, aber auch immer öfter geschlechtsunabhängig, schon in der Unterstufe  
18 anfangen, Diäten zu machen, die insbesondere für Heranwachsende gefährlich sind.  
19 Magersucht und psychische Probleme sind ebenso Folgen dieser unrealistischen  
20 Körnernormen.

21 Die Gesellschaft muss die freie Entfaltung ihre Persönlichkeit, Selbstvertrauen  
22 und Autonomie für alle Kinder und Jugendlichen zum Ziel haben. Diese werden  
23 durch die Symptome des Schlangheitswahns behindert. Es sollte daher Aufgabe von  
24 Politik und Gesellschaft sein, diese negativen Einflüsse zurückzudrängen.

25 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz ein ähnliches Modell wie in  
26 Frankreich, bei dem Werbung mit bildbearbeiteten Menschen als solche  
27 gekennzeichnet werden. Dies fördert die Transparenz inwieweit Körnernormen  
28 erreichbar oder überhaupt realistisch sind. Ebenfalls sollte eine frühe  
29 Aufklärung über ungesunde Körnernormen in allen Bereichen gefördert werden.

30 Vielfalt in die Schulen!

31 Schulen als Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, Kinder auf das spätere  
32 Leben vorzubereiten und ein möglichst großes Spektrum an Wissen und Kompetenzen  
33 zu vermitteln. Dazu gehört auch, dass Schüler\*innen umfassend über vielfältige  
34 und bunte Lebensweisen aufgeklärt werden. Themen wie nicht Cis\*Heterosexuelle  
35 Aufklärung sind leider trotzdem selten in Lehrplänen zu finden. Dies kann zu  
36 Unwissen und Voreingenommenheit in der Gesellschaft führen.

37 Durch eine Verbesserung der Lehrpläne in den Bereichen Biologie (Sexualkunde)  
38 aber auch im Ethik- und Geschichtsunterricht können wir durch die Behandlung von  
39 Themen, wie sexuellen Identitäten, queeren Lebensweisen oder der Geschichte der  
40 queeren Bewegung Vorurteile überwinden und für mehr Akzeptanz in der

41 Gesellschaft sorgen. Gerade das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom  
42 10.10.2017, das besagt, dass die aktuelle Regelung zur Geschlechtseintragung  
43 verfassungswidrig ist, unterstreicht nochmal eindeutig, dass unser Grundgesetz  
44 mehr als zwei Geschlechter kennt. Das Urteil darf aus der Sicht der Grünen  
45 Jugend Rheinland-Pfalz jedoch nicht ausschließlich dazu dienen, die stattliche  
46 Erfassung des Personenstands zu verändern, sondern sollte ein  
47 gesamtgesellschaftliches Umdenken zu Folge haben. Deshalb müssen sexuelle  
48 Vielfalt und Identitäten sowie queere Lebensweisen auch umfassend in den  
49 Lehrplänen von Rheinland-Pfalz berücksichtigt werden. Die Grüne Jugend  
50 Rheinland-Pfalz fordert daher die Landesregierung, insbesondere das Familien-  
51 und das Bildungsministerium, auf, den Aktionsplan "Rheinland-Pfalz unterm  
52 Regenbogen" gemeinsam mit gesellschaftlichen Initiativen um ein Konzept zur  
53 Vielfaltspädagogik in Schulen zu erweitern. Dieses Konzept soll unter anderem  
54 Maßnahmen enthalten, wie sexuellen Identitäten und Vielfalt sowie queere  
55 Lebensweisen, die über das binäre Geschlechtssystem hinausgehen,  
56 interdisziplinär in den Schulunterricht integriert werden. Außerdem soll das  
57 Konzept regelmäßige Besuche und Workshops von queeren Initiativen in Schulen  
58 fördern und sicherstellen, dass Vertrauenslehrer\*innen der Schulen  
59 kontinuierlich für die Themen sexuelle Vielfalt und queere Lebensweisen  
60 sensibilisiert und geschult werden.

61 Sexarbeit enttabuisieren!

62 Das 2017 erlassene Prostituiertenschutzgesetz ist nicht Schutz, sondern  
63 Kontrolle und Überwachung. Ziel sei es, Zwangsprostitution zu verhindern. Wer  
64 aber zur Prostitution gezwungen wird kann auch zu einem 30 Minütigen Gespräch  
65 gezwungen werden. Mit der Wiederholungspflicht alle 2 Jahre entwickelt sich ein  
66 Spießrutenlauf, aber auf keinen Fall das nötige Vertrauen für eine tatsächliche  
67 Beratung.

68 Opfer von Menschenhandel sind tatsächlich häufig angemeldet. Dies erweckt den  
69 Anschein der Legalität, nicht aber den der Verfolgung der Straftat  
70 Menschenhandel. Was auf die Opfer nicht gerade so wirkt als ob ihnen geholfen  
71 wird, sondern eher, dass es rechtens ist.

72 Die Zwangsanmeldungen mit Ausweis erzeugen häufig Ängste vor einem Outing. Die  
73 Folge: illegales Arbeiten ohne Zugang zu Hilfsangeboten.

74 Auch eine Körperliche Untersuchung ist Teil der Anmeldung. Die Menschen können  
75 sich also nicht nur nicht aussuchen bei welchem Arzt sie untersucht werden, sie  
76 können, ohne ihren Beruf aufzugeben, dem ganzen auch nicht widersprechen und  
77 sind so in dem Zwang einer körperlichen Untersuchung, was definitiv gegen die  
78 Selbstbestimmung geht.

79 Das Prostitutionschutzgesetz sorgt für mehr Bürokratie und stößt gerade bei  
80 Sexarbeiter\*innen auf Unverständnis.

81 Vertrauensvolle Beratung kann nur auf freiwilliger Basis angenommen werden. Die  
82 kurze Zeit bei der Anmeldung ist hier weder zeitlich noch vom Konzept her  
83 sinnvoll. Wesentlich hilfreicher wäre eine Unterstützung von Beratungsstellen,  
84 zu der die Betroffenen selbstständig und freiwillig kommen. Ebenso Stellen, die  
85 die Betroffenen kennen und im Notfall auf sie zukommen können. Das Ganze muss  
86 auf Basis von Vertrauen funktionieren und muss folglich fernab von Kontrollen  
87 und Bescheinigungen sein.

88 Die Bekämpfung von Menschenhandel und sexualisierte Gewalt ist unser Ziel.  
89 Deshalb muss es möglich sein, sich vertrauensvoll an Beratungsstellen, aber auch  
90 staatliche Stellen wenden zu können. Dies ist nicht möglich, wenn Prostitution  
91 tabuisiert und ein Anliegen der Beratung das nachprüfen, ob sich der/die  
92 Sexarbeiter\*in strafbar gemacht hat, ist.

93 Alles in allem führt das Gesetz nur zu mehr Bürokratie und dadurch vor allem  
94 bei Sexarbeiter\*innen mit geringen Deutschkenntnissen zu mehr Unverständnis, als  
95 zu helfen und zu unterstützen.

96 Daher fordern wir eine größere Unterstützung von Beratungsstellen, unabhängig  
97 von der Anmeldung als Prostituierte. Ebenso wichtig ist es, dass diese Stellen  
98 für alle erreichbar sind. Lokale Stellen, ebenso wie mobile, regelmäßig an  
99 gleichen Plätzen aufzufindende, Hilfestellen sind eine Möglichkeit.

100 Reproduktive Rechte: Mein Bauch gehört mir!

101 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz tritt für das Recht auf körperliche und  
102 sexuelle Selbstbestimmung ein.

103 Wir fordern daher die ersatzlose Streichung des §219a StGB (Verbot der "Werbung"  
104 für Schwangerschaftsabbrüche). Es kann nicht sein, dass das Bekanntmachen, dass  
105 man als Ärzt\*in Schwangerschaftsabbrüche durchführt ein Straftatbestand ist.  
106 Ebenso wenig darf es nicht sein, dass Menschen, die Schwangerschaftsabbrüche  
107 vornehmen lassen, gesellschaftlicher Diskreditierung über sich ergehen lassen  
108 müssen.

109 Queere Rechte

110 Für die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz sind die Akzeptanz und Gleichstellung von  
111 Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\*, Inter und Queer (LSBTIQ) als  
112 Menschenrechte

113 selbstverständlich. Wir kämpfen für eine offene Gesellschaft, in der LSBTIQ die  
114 gleichen Freiheiten und die gleiche Anerkennung haben. Der Grundsatz der  
115 Gleichheit aller Menschen ist uns wichtig, unabhängig von Alter, Behinderung,  
116 Religion, Herkunft, sexueller oder geschlechtlicher Identität. Deswegen kämpfen  
117 wir für den Abbau von Barrieren in jeder Form und echte Gleichberechtigung für  
118 alle. Nur gemeinsam in Vielfalt können wir den Schatz unserer Gesellschaft  
119 erkennen und für ein friedliches Miteinander eintreten.

120 Mit dem Beschluss der Ehe für alle, die auf einer Bundesratsinitiative aus dem  
121 Familienministerium von Irene Alt und Anne Spiegel basiert, wurde im vergangenen  
122 Jahr ein großer Schritt in die richtige Richtung gemacht. Mit der Gewährung von  
123 dem Recht auf Ehe für alle wird die Akzeptanz gestärkt und gleiche Rechte  
124 gegeben.

125 Trotzdem ist es noch ein langer Weg zur Gleichberechtigung. Viele Kleine und  
126 Große Dinge sind einfach noch nicht erreicht.

127 Das Transsexuellengesetz ist ein großes, chaotisches, schlecht gemachtes Gesetz  
128 und sicher keine tatsächliche Hilfe oder Unterstützung. Durch Schritte wie die  
129 Pflicht eines psychiatrischen Gutachtens um einen medizinischen

130 Angleichungsprozess anfangen zu können, aber auch nur, um offiziell den Namen  
131 oder das eingetragene Geschlecht ändern zu können, sind Transpersonen gänzlich  
132 dem Wohlwollen der beteiligten Personen ausgesetzt. Genauso steht dies entgegen  
133 dem Recht auf freie Selbstentfaltung und der Annahme, dass alle Menschen über  
134 ihre Geschlechterzugehörigkeit selber bestimmen können.

135 Ein immer noch verstecktes und unbekanntes Thema ist die Genitaloperation bei  
136 intersexuellen Kindern. Häufig werden schon intersexuelle Säuglinge nicht  
137 medizinisch notwendigen Operationen unterzogen, nur um ihre Genitalien eindeutig  
138 männlich oder weiblich zu formen. Das Ganze passiert nur mit dem Einverständnis  
139 der Eltern, nicht aber dem der Kinder. Dadurch wird das Selbstbestimmungsrecht  
140 klar verletzt.

141 Solange Menschen nicht klar, mit ausdrücklichem Wunsch einer Genitaloperation  
142 zustimmen, sollten diese Operationen nicht mehr durchgeführt werden.

143 Deshalb fordern wir die Streichung des Transsexuellengesetzes und der  
144 Ausarbeitung eines neuen, inklusiven und auf den Interessen der Betroffenen  
145 Menschen basierendem Gesetzes. Im Bundesrat hat unsere Ministerin Anne Spiegel  
146 eine Initiative für die dringend notwendige Reform des  
147 Transsexuellengesetzes gestartet. Die Grüne Bundestagsfraktion hat bereits in  
148 der letzten Legislatur einen Gesetzentwurf zur Anerkennung der selbstbestimmten  
149 Geschlechtsidentität, das  
150 Selbstbestimmungsgesetz, in den Bundestag eingebracht. Dieser Entwurf sollte das  
151 bestehende Transsexuellengesetz (TSG) ersetzen. Zentral ist darin der Respekt  
152 vor der Geschlechtsidentität der Menschen. Das ist ein urliberales Anliegen. Das  
153 Recht muss für die Menschen da sein, nicht die Menschen für die Gesetze.

154 Gleichzeitig muss gewährleistet werden, dass die Kostenübernahme für  
155 geschlechtsangleichende Maßnahmen weiterhin von der Krankenkasse übernommen  
156 wird.

157 Auch der Ausbau an Beratungsstellen muss vorangetrieben werden und Pädagogen im  
158 Umgang mit Transsexuellen Kindern geschult werden.

159 Wenn queere Personen von sexueller oder häuslicher Gewalt betroffen sind, haben  
160 sie häufig keine oder nur wenig Anlaufstellen. Es ist wichtig, dass es  
161 flächendeckend geschützte und professionelle Unterkünfte oder Anlaufstellen für  
162 queere Menschen gibt. Wir fordern mehr Geld für diese Unterkünfte und  
163 Anlaufstellen, auch in Miteinbezug von queeren Flüchtlingen und ihren Problemen.  
164 Die Dunkelziffer über Straftaten gegen LSBTIQ ist laut Expert\*innen hoch. Dies  
165 liegt daran, dass zum einen die Polizei einen homo- oder transphoben Hintergrund  
166 erkennen müssen. Oft werden die Straftaten auch nicht angezeigt, manchmal  
167 fürchten die Betroffenen eine weitere Stigmatisierung. Zudem gelangen viele  
168 Fälle von Gewalt aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität  
169 nicht in die Polizeistatistik des Bundes. Oft kommen sie gar nicht erst zur  
170 Anzeige. Manche Fälle werden in den Polizeidienststellen nicht als homo, bi,  
171 trans\* und interphob erkannt und als anderweitige Delikte fehlinterpretiert. Es  
172 gibt zudem für solche Straftaten keine spezielle Kategorie in den  
173 Polizeistatistiken. In den Statistiken des Bundes tauchen sie nur als "Politisch  
174 motivierte Kriminalität" im Themenfeld "Hasskriminalität", Unterthema "Sexuelle  
175 Orientierung" auf. Um die immer noch bestehende Homo-, Bi-, Trans\*- und  
176 Interphobie transparent und strukturell sichtbar zu machen müssen Straftaten, ob  
177 psychischer oder physischer Gewalt, in der polizeilichen Kriminalstatistik

178 gesondert geführt werden. Diese müssen registriert, dokumentiert sowie  
179 strafrechtlich verfolgt werden. Rheinland-Pfalz muss sich für eine bundesweite  
180 Reform der Kategorisierung in der Polizeistatistik einsetzen. Dies soll im engen  
181 Austausch mit der Polizei mitsamt ihrer wertvollen Erfahrungsbasis geführt  
182 werden um eine zielführende Kooperation zu ermöglichen.

183 Außerdem muss Artikel 3 im Grundgesetz mit seinem Grundrechtsschutz vor  
184 Diskriminierung ausgeweitet werden. Aktuell umfasst dieser Artikel noch nicht  
185 die „sexuelle Identität“ als Schutzgrund vor Diskriminierung. Das Land Berlin  
186 mit dem grünen Justizsenator Disk Behrendt bereitet zu dieser Erweiterung des  
187 Grundgesetzes gerade eine Initiative im Bundesrat vor. Die Grüne Jugend  
188 Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf, eine solche  
189 Bundesratsinitiative zu unterstützen.